

Kein Frieden mit der „Friedensbewegung“!

Vortrag von Tjark Kunstreich (Redaktion BAHAMAS) am 25.9.03 im Kurt-Lade-Club

1.

In der Einladung zu dieser Veranstaltung heißt es: „Der Hauptfeind ist das eigene Land! Getreu diesem Motto hat die Autonome Antifa Nordost Berlin (AANO) in den vergangenen Monaten ihren Standpunkt gegenüber der ‚Friedensbewegung‘ immer wieder formuliert: ‚Die Friedensbewegung ist zutiefst deutsch und antiamerikanisch. Das einzige, was sie artikuliert, ist ihr Wunsch nach deutscher Großmachtpolitik in Abgrenzung zu den USA. An dieser Bewegung wollen wir auf keinen Fall teilnehmen.‘“ Dieser Standpunkt ist einer der Verweigerung, und als solcher durchaus begrüßenswert, um mit Wolfgang Pohrt zu sprechen, man muss ja nicht an jeder Mülltonne schnuppern. Dieser Standpunkt lässt jedoch einiges außen vor, so dass ich auf die Idee gekommen bin, hier handelt es sich um einen mühsam diskutierten Gruppenkonsens, der einige Fragen außen vor lassen muss. Auch das ist nicht weiter dramatisch, sondern der Logik politischer Gruppen geschuldet. Die interessante Frage, die ich heute an einigen Beispielen kurz beantworten möchte, ist allerdings: Reicht diese Verweigerung aus für Gruppen oder Personen, die sich als Antifaschisten bezeichnen? Der Standpunkt, das der Hauptfeind das eigene Land sei, geht bekanntlich auf Karl Liebknechts Bemerkung, der Hauptfeind stehe im eigenen Land zurück, und möchte dessen antinationale Radikalisierung sein. Liebknecht tat seinen Ausspruch im ersten Weltkrieg. Und er meinte übrigens damit nicht nur, dass für die Proletarier die jeweils nationale herrschende Klasse der Hauptfeind sei, sondern er bezog dies durchaus auf Deutschland, das diesen Krieg vom Zaun gebrochen hatte. Im ersten Weltkrieg – so wurde Liebknechts Position bis heute verstanden – gab es für Proletarier nichts zu entscheiden; die Krise sollte zur Revolution genutzt werden. Dieser Standpunkt war zum ersten Weltkrieg der richtige und revolutionäre, auch wenn die in diesem Anlauf Weltrevolution scheiterte. Nun beginnt aber das Problem mit diesem Standpunkt.

Schon kurze Zeit später sah es wieder nach einem großen Krieg aus, das nationalsozialistische Deutschland rüstete sich und wurde 1938 in München für seine Kriegsdrohungen mit der Tschechoslowakischen Republik belohnt, nachdem es Österreich ans Reich angeschlossen hatte. Und was vertrat zu diesem Zeitpunkt die Linke: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Auch wenn man Hitler wegen der Verfolgung und Vertreibung der Linken verurteilte, prinzipiell wurde gesagt: Es handelt sich um „innerimperialistische Widersprüche“, wir haben uns nicht zu positionieren. Mit den bekannten Folgen: Der Freundschaftsvertrag zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion, den man zwar im nachhinein als taktisch gerechtfertigt bezeichnen kann, die Gründe jedoch, die zu ihm geführt haben, lagen ideologisch genau auf dieser Linie, mit der die neue Qualität des deutschen Faschismus, seine Radikalisierung zum Nationalsozialismus, nicht erkannt geschweige denn wirksam bekämpft werden konnte. **Der Standpunkt der Verweigerung war zu einem der Entsolidarisierung geworden, weil man die Verfolgung der Juden, der Roma und Sinti und anderer Gruppen, die nicht aufgrund von politischen Ansichten verfolgt wurde, nicht als eigene Qualität des NS begriff, sondern allenfalls, wenn man diese Maßnahmen überhaupt zur Kenntnis nehmen wollte, als Spaltungsmanöver der herrschenden Klasse.** Die Folge war, dass die europäische Linke in der Antikriegsbewegung vorn stand, anstatt die sofortige Beseitigung des NS-Regimes mittels einer militärischen Intervention zu fordern; man wollte Hitler durch den Frieden bezwingen, wie es damals hieß.

Nun kann man darüber streiten, was Linke 1938 von dem wissen konnten, was noch kommen sollte. Feststeht jedoch, dass sie mehr hätten wissen können, wenn sie die überhaupt die richtigen Fragen gestellt hätten. So war der allgemein sinkende Lebensstandard in der antifaschistischen Emigration durchaus bekannt, aber warum die Deutschen es trotzdem mitmachten – obwohl, nach linker Lesart, Verelendung doch wenigstens zu Unzufriedenheit führen sollte –, diese Frage haben sich die Antifaschisten gar nicht gestellt. Erst 1941, als die Sowjetunion überfallen wurde und die Deutschen mordend und brandschatzend und vor allem zunächst siegreich durch Osteuropa zogen, gab die Linke ihren Standpunkt zugunsten des gemeinsamen Kampfes gegen Hitlerdeutschland auf. Zurück lagen zweieinhalb Jahre, in denen

die Weichen für die Massenvernichtung gestellt wurden, die nun vollstreckt wurde. Liebknechts Standpunkt war in nicht einmal zwanzig Jahren von der Geschichte überrollt worden, und die Linke war offenbar nicht im Stande ihre Grundsätze den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechend zu verändern.

Nach 1945 wurde diese fürchterliche Niederlage nicht etwa selbstkritisch aufgearbeitet; man beschäftigte sich nicht damit, sondern wollte konstruktiv sein und aufbauen, es dieses Mal besser machen. Der kalte Krieg tat sein übriges. Was heute deutsches Allgemeingut ist – die Konsequenzen aus der Vergangenheit gezogen zu haben und alle Welt damit zu belästigen – hat aber seinen Anfang in jenen unseligen achtziger Jahren, als das Verhältnis zwischen Deckerinnerungen an den Bombenkrieg und Untergangswünschen zum ersten Mal einen kollektiv-rationalisierten Ausdruck fand. Zwar bestand das Angebot der Friedensbewegungen nach 1945 immer in der Fortschreibung des deutschen Opferwahns – schon die Ostermarschbewegung zu Beginn der sechziger Jahre erinnerte mit Ulrike Meinhof an Dresden und Hiroshima –, aber der Moment, in dem die Ideologie zur materiellen Gewalt wurde, erforderte eine bestimmte Bewusstseinslage, die im Wirtschaftswunderland nicht greifen konnte. Nur wer sich sowieso schon als Opfer begreift und seine Innenwelt so unerträglich findet, dass er wünscht, die Außenwelt möge genauso aussehen, kann der Deckerinnerung an den Bombenkrieg und die Schmach vom 8. Mai 1945, die eigentlich gemeint ist, jene Bedeutung abgewinnen, die eine Schülerin, die im Frühjahr 2003 mit einem Schild „Wenn ich Bush mit Hitler vergleichen dürfte, würde ich es tun“ so allgemeingültig wie unverwechselbar formulierte. In den sechziger Jahren war die kollektive Erinnerung noch zu gegenwärtig und zu wenig sortiert, um so dreist und ungebrochen sich zu äußern; erst zwanzig Jahre später sollte der Punkt erreicht sein, an dem eine pazifistische Bewegung zugleich mit der Legitimität aller Kriege den gegen Nazi-Deutschland in Frage stellen konnte.

Die Äquidistanz der damaligen Friedensbewegung, sich als unschuldiges Opfer in einem Streit von zwei Großen zu begreifen, war damals Anlass zur Kritik an den oftmals deutschnationalen Tönen; das die Runde machende Wort vom „atomaren Holocaust“ wurde später zum Synonym für den deutschen Opferwahn und den ungebrochenen Willen, Auschwitz nicht zur Kenntnis zu nehmen. Eben diese Äquidistanz beschreibt auch die Haltung der aktuellen Friedensbewegung und mehr noch die der rotgrünen Bundesregierung, die damals alle dabei waren. Mittlerweile hat sich vieles geändert, aber die bemerkenswerte Erfahrungsresistenz eben jener ehemaligen Friedensbewegten, die durchaus schon einmal zwischendurch einen Krieg zu führen bereit sind, scheint das bestimmende Symptom dieses Milieus zu sein.

Sie bezieht sich nicht auf alle Bereiche des Lebens, aber ist ganz hartnäckig dort, wo das Ressentiment zu Hause ist, also irgendwo zwischen Es und Über-Ich. Ein wesentlicher Unterschied zwischen der damaligen und der heutigen Friedensbewegung besteht allerdings im Verhältnis zur Vernunft: Vertrat erstere wenigstens noch dem Anspruch nach die These, dass die Vernunft eine menschliche zu sein habe, ist letztere davon überzeugt, Vernunft sei kalt und unmenschlich. Die Affirmation der Unvernunft als echte, authentische, gefühlte, ergo: eigentliche Wahrheit war in der Bewegung der Achtzigerjahre und in ihren Vorläufern nach dem zweiten Weltkrieg schon angelegt. Allerdings waren es auch nicht ganz so pazifistische Zeiten: Selbst ansonsten überzeugte Pazifisten sahen durchaus ein, dass die Apartheid bewaffnet bekämpft werden muss, und nicht wenige hatten auch Verständnis für das Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan. Kam die Unvernunft in der Katastrophengeilheit, den Die-ins und den Dia-Installationen über die Folgen des Atombombenabwurfs in der Stadt X oder Y zum Tragen, in Propaganda, die aufs Irrationale zielte, gilt heute schon die schlichte Gegnerschaft zur Vernunft als Entreebillet der Friedensbewegung.

Die Behauptung eines Antagonismus zwischen Vernunft und Menschlichkeit, zwischen Freiheit und Gleichheit ist der neueste Propagandacoup der Völkischen.

2.

Das zeigte sich insbesondere in Durban auf der Antirassismuskonferenz der UNO 2001, wenige Wochen vor dem 11. September. Hier wuchs zusammen was zusammen gehört und dessen einer Ausdruck das Bündnis zwischen Pazifisten und Faschisten ist, die am Samstag auf die Straße gehen wollen. Noch nie in seinem Leben sei er mit solch geblutetem Antisemitismus

konfrontiert gewesen, meinte ein Teilnehmer des Bundes Jüdischer Studenten aus Deutschland. Vertreter des Simon Wiesenthal Zentrums äußerten sich entsetzt über die antisemitischen Erklärungen arabischer und islamistischer Organisationen, die Juden würden sich als „auserwähltes Volk“ betrachten und „rassisch überlegen“ fühlen. Delegierte jüdischer Organisationen waren in Durban verbalen und auch physischen Attacken seitens arabischer Teilnehmer ausgesetzt. In großer Auflage wurde eine Karikatur verteilt: Ein Palästinenser liegt da mit einer Fahnenstange im Herzen, auf der Fahne ein Davidstern und ein Hakenkreuz. Zur Eskalation kam es, als sich Juden und einige Nichtjuden zum Protest gegen den Antisemitismus zahlreicher Konferenzteilnehmer versammelten und Bilder des Treffens von Arafats Onkel mit Hitler 1941 verteilten – die südafrikanische Polizei musste verhindern, dass es zu Handgreiflichkeiten kam.

Diese Eindrücke vom Forum der rund 3.000 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), welches der staatsoffiziellen Weltkonferenz gegen Rassismus Anfang September 2001 voranging, zeigen, wie wenig überraschend die Abschlusserklärung des Forums war: „(Wir) erkennen an, dass das palästinensische Volk eines der Völker ist, die aktuell eine kolonialistische, diskriminierende militärische Besatzung erleiden, die ihr fundamentales Menschenrecht auf Selbstbestimmung verletzt; dazu gehören der illegale Transfer von israelischen Bürgern in die besetzten Gebiete und der Aufbau einer ständigen illegalen israelischen Infrastruktur sowie weitere rassistische Methoden, die zusammengenommen Israels Art der Apartheid ergeben, und andere rassistische Verbrechen gegen die Menschheit. Deswegen erkennen wir an, dass das palästinensische Volk nach dem Völkerrecht das klare Recht auf Widerstand gegen die Besatzung hat, mit allen Mitteln, die das Völkerrecht ihm gibt, bis es sein Menschenrecht auf Selbstbestimmung erreicht und das israelische rassistische System und seine Art der Apartheid beendet hat.“

Den palästinensischen und an ihrer Seite den arabischen und islamischen NGOs gelang der Durchmarsch, denn nicht nur die Verurteilung Israels als rassistisch setzten sie durch, sie setzten gleich auch ihre Forderungen ins Abschlussdokument: „Wir fordern ein sofortiges Ende des systematischen Begehens rassistischer Verbrechen durch Israel, wozu Kriegsverbrechen, Akte des Völkermords und der ethnischen Säuberung (wie im Statut des Internationalen Strafgerichtshof definiert) gehören ... (und) erkennen an, dass alle diese Methoden dazu geschaffen wurden, das weitere Bestehen eines exklusiv jüdischen Staates mit einer jüdischen Mehrheit und die Ausweitung seiner Grenzen abzusichern ...“ Einen „exklusiv jüdischen Staat“ soll es nach dem Willen der weltweiten Zivilgesellschaft, wie sie sich im NGO-Forum von Durban präsentierte, nicht mehr geben. Von einer so deutlichen Absage an das Existenzrecht Israels war zuvor nicht die Rede gewesen. Sofort distanzieren sich einige NGOs wie *Amnesty international*, *Human Rights Watch* und *Pro Asyl* von der Deklaration, an deren Zustandekommen sie nichtsdestotrotz ihren Anteil hatten, weil sie dieses Forum nicht verließen, als deutlich wurde, dass es sich hierbei um eine antisemitische Veranstaltung handelte.

Jenem „Wir“, dem Plural majestatis der Weltzivilgesellschaft, das da so drohend auftritt, gehören sie auch insofern an, als sie teilen werden, was nun das Resultat der offiziellen UN-Konferenz „gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Intoleranz“ ist. Denn obschon Israel im offiziellen Dokument nicht namentlich genannt wird, ist vom „Leid der Palästinenser unter fremder Besatzung“ durchaus die Rede, verbunden mit der Unterstützung der zentralen Forderung der Palästinenser nach Rückkehr der Flüchtlinge. Diese Forderung bedeutet aber nichts anderes als das Ende des „exklusiv jüdischen Staates“, wie er schon von den NGOs gefordert wurde. Israel beim Namen zu nennen war nach dem Verlauf von Forum und Konferenz im übrigen nicht mehr notwendig. In dieser Frage bestand eine große Einigkeit zwischen den sich oftmals als oppositionell verstehenden Gruppen und ihren Regierungen. Die Grundlinie hatte Uno-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Eröffnungsrede vorgegeben: „Das jüdische Volk war Opfer von Antisemitismus in vielen Teilen der Welt und des Holocaust in Europa. Es ist daher verständlich, dass viele Juden tief getroffen sind von den rassistischen Anschuldigungen gegen Israel. Doch können wir von den Palästinensern nicht erwarten, dass sie deshalb anerkennen, dass das gegen sie verübte Unrecht ignoriert wird.“ Auschwitzkeule einmal andersherum: Die Juden sollen sich nicht so anstellen.

Während in Belgien gegen Ariel Scharon wegen Verbrechen gegen die Menschheit ermittelt wurde, erklärte Dänemark den israelischen Botschafter zur „unerwünschten Person“. Der finnische Außenminister Erkki Tuomioja meinte Anfang September 2001 in einem Interview mit einer finnischen Zeitung: „Die Maßnahmen, die Israel gegen die Palästinenser ergreift, erinnern an das Verhalten der Nazis gegenüber den Juden in Deutschland in den dreißiger Jahren.“ Auch der französische Außenminister Vedrine griff die „israelische Unterdrückungspolitik“ an. In einem Interview mit *Le Figaro* stellte Vedrine sogar einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen im Nahen Osten und dem Tod Jesu her. Er kritisierte das mangelhafte Engagement der USA in der Region und sagte: „Wenn die USA so weitermachen, dann werden sie Pontius Pilatus ähneln.“ Immerhin kündigte Frankreichs Ministerpräsident Jospin nach dem Auszug Israels und der USA an, auch Frankreich werde die Konferenz verlassen, wenn der Zionismus als Rassismus geächtet würde. Dem Deutschen Joschka Fischer kam es zu, den versammelten Delegierten eine Lektion in Sachen Vergangenheitsbewältigung zu erteilen. Im Gegensatz zu den anderen europäischen Staaten und den USA entschuldigte sich Fischer für Kolonialismus und Sklaverei, weil er mittlerweile gelernt hat, wie man Entschuldigungen formuliert, deren Wesen ihre Folgenlosigkeit ist.

Folgenlos blieb auch Arafats Rede vor dem Plenum, jedenfalls für das Verhältnis zu Fischer. Obwohl der Palästinenserpräsident fortwährend von einer „Verschwörung“ gegen sein Volk sprach und Israel der finstersten Machenschaften beschuldigte, nicht ohne den Delegierten ins Gesicht zu lügen, die Palästinenser hätten „alle rassistischen Praktiken und Verbrechen und rassistischen Verbrechen, die sich in der modernen Geschichte gegen die Juden richteten, verurteilt“ – obwohl er also eine antisemitische Rede hielt, traf Fischer sich mit dem Palästinenserführer am Rande der Konferenz, um mit Dackelfalten im Gesicht zu demonstrieren, dass den Europäern, insbesondere den Deutschen, so viel am Frieden gelegen sei, dass man selbst diese Gelegenheit zum Dialog nicht verstreichen lassen könne. Fischer fand in seiner Rede nicht nur Worte der Entschuldigung für Kolonialismus und Sklaverei, er wandte sich offen an die „arabischen und palästinensischen Freunde“ und bat sie, die Konferenz diesmal nicht wie schon 1978 und 1983 platzen zu lassen. Das Existenzrecht Israels sei ebenso unverletzlich wie das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Jede einseitige Schuldzuweisung schade dem Frieden, warnte Fischer und wandte sich gegen eine „Singularisierung“ Israels. Damit zielte Fischer auf den Resolutionsentwurf, in dem Israel als einziger Staat namentlich genannt werden sollte, traf aber tatsächlich die Wahrheit über Israel und die deutsch-europäische Nahostpolitik. **Israel ist tatsächlich so singulär wie seine Entstehungsbedingungen, es gibt keinen vergleichbaren Staat – und Fischers Politik, das hat er von seinem Vorgänger Klaus Kinkel, richtet sich gegen diese Einzigartigkeit. Erst wenn Israel kein „exklusiv jüdischer Staat“ und damit nicht mehr die einzige Konsequenz aus Auschwitz in einer Welt ist, die andere Konsequenzen zu ziehen nicht bereit war, verschwinden die letzten Hemmnisse für eine Außenpolitik, in der moralischer Impetus und ökonomisches Interesse zu einem spezifisch deutschen Gemisch zusammenschießen.**

Erst als die US-amerikanischen und israelischen Delegationen die Konferenz verlassen hatten, ließen sich die arabischen und islamischen Staaten auf Formulierungen ein, die sie vorher vehement abgelehnt haben. Sie wollten, wie die *Jerusalem Post* kommentierte, die Angelegenheit so aussehen lassen, als schafften die Europäer, was die Amerikaner nicht hinbekamen; kein Wunder also, dass die Europäer den USA mangelndes Engagement in der Krisenregion vorwerfen.

Es ist kein Zufall, dass sich die Antirassismuskonferenz von Durban zum antisemitischen Tribunal entwickelte, im Gegenteil: Antirassismus ist die Ideologie der Menschenrechte, die erklären soll, weshalb Ungleichheit fortbesteht, wo doch eigentlich alle Menschen gleich sind. Dieses unglückliche Bewusstsein schreit nach Personalisierung im Juden. Die Menschenrechte waren immer schon dazu da, sie den Juden abzusprechen, die man als „Gegenrasse“ halluziniert. „Wenn wir von Menschenrechten sprechen, dann ist das erste Menschenrecht, am Leben zu bleiben. Das ist sehr wichtig für Israel, da es Versuche gibt, uns zu töten und zu zerstören. Und wenn man kein Recht hat, am Leben zu bleiben, sind alle

anderen Rechte irrelevant“, begründete Shimon Peres den Auszug Israels aus der Konferenz. Seine Sorge ist begründet: In Durban wurde die „Judenfrage“ wieder entdeckt. Mit den bekannten Folgen.

3.

Eine Ausnahme von der Regel machte Milos Zeman, der im Frühjahr 2002 Israel besuchte: Keine Appelle an beide Seiten, keine Friedensparolen, keine ungebetenen Ratschläge, statt dessen schlicht Solidarität aus bitterer historischer Erfahrung. Gerade war das FPÖ-Referendum zu Temelin vorüber, mit dem die sudetendeutsche Frage einmal mehr virulent wurde, trotzdem konnte Zeman den Mund nicht halten: Mit Terroristen, das habe man in Tschechien aus der Geschichte gelernt, verhandle man nicht. Um Zemans Besuch ging es sicherlich bei einer bemerkenswerten Veranstaltung, die am 17. April 2002 im Wiener „Haus der Heimat“ stattfand. „Von Benes zu Sharon. Sudetendeutsche und Palästinenser – entrechtet und vertrieben“ lautete das Thema des Abends, zu dem die österreichischen Sudetendeutschen den Vizepräsidenten der Palästinensischen Gemeinde in Wien, Dr. Georg Nicola, eingeladen hatten. Der Vergleich der Forderung nach Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge mit der nach Rückkehr der deutschen Vertriebenen wurde selbst von Wohlsinnenden immer als übertrieben und falsch kritisiert. Jetzt bestätigten die Betroffenen selbst: Das antiimperialistische „Wir sind alle Palästinenser“ und das revanchistische „Wir sind alle Sudetendeutsche“ amalgamieren offensichtlich problemlos zum völkischen „Wir sind alle Entrechtete und Vertriebene“.

Wie kann man sich einen solchen Erfahrungsaustausch vorstellen? Die sudetendeutsch-palästinensischen Gemeinsamkeiten liegen auf der Hand: Penetrantes Schweigen über die Verfasstheit des eigenen Kollektivs und dessen jüdische Opfer harmoniert mit ebenso penetrantem Menscheln, wenn vom Schicksal, von der Würde, der Identität, dem Boden und der Kultur die Rede ist; vom Blut braucht man nicht zu reden, das versteht sich von selbst. Wer je Vertriebenenfunktionäre erlebt hat, kennt deren dürftiges Repertoire: Tränenselig, betroffen und unheimlich lieb, wenn eine Kamera dabei ist oder ein verständnisvoller Zuhörer; ungehemmt agierend bis an den Rand der Hysterie, sobald auch nur der Verdacht aufkommt, die Definitionsmacht über den eigenen Status, Opfer eines Volksverbrechen zu sein, könnte angezweifelt werden. Man sitzt beieinander und tut so als hätte man sich etwas zu sagen, wobei das einzige, was man sich zu sagen hätte, das ist, was man nicht sagt.

Dass sie sich einig wussten in ihrer Meinung über Sharon und Benes, über die Juden und die Tschechen und sich selbst, die unverstandenen und ungeliebten, im Elend darbanden Herrenvölker, wird im nachhinein für die Teilnehmer der Veranstaltung eine Bedeutung haben; nicht die einzelne antisemitische Bemerkung, die verklemmte revisionistische Anspielung, – nur das Gefühl, die unaussprechliche Gemeinsamkeit wird allen in Erinnerung bleiben.

Der Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman in Israel, den er zur Solidarisierung mit der Selbstverteidigung des jüdischen Staates nutzte, war mehr als ein historisches Zitat. Die Tschechoslowakei unterstützte zwischen 1945 und 1948 den Unabhängigkeitskampf der Juden in Palästina, in einer Zeit also, als Edward Benes aus dem Exil zurückgekehrt war und die Vertreibung der Sudetendeutschen sowie der anderen deutschen Hilfsvölker aus dem Staatsgebiet der CSR durchsetzte: Die Waffen stammten aus deutschen Beständen, und heute noch erzählen Veteranen dieses Kampfes, die zuvor in Konzentrationslagern wie Buchenwald für die deutsche Armee Waffen zusammenbauen mussten, dass nicht wenige dieser Waffen durch ihre Sabotage unbrauchbar geworden waren. Die Kämpfer wussten nicht, ob sie sich freuen sollten, dass sie vergleichsweise erfolgreich waren, oder heulen, weil sie viele Waffen nicht gebrauchen konnten. Aber sie hatten keine Wahl, es gab kaum andere Unterstützung, schon gar keine militärische. Zeman machte, indem er die Situation Israels mit der der Tschechoslowakei vor dem Münchener Abkommen 1938 verglich (und damit Sharon zitierte), zugleich klar, dass es, ginge es nach ihm, weder in Israel noch in Tschechien eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs geben werde. Es ging ihm um den Schulterchluss zweier Staaten, deren Existenz von Deutsch-Europa mit der Forderung nach Rückkehrrecht der Vertriebenen zur Disposition gestellt wird.

Schon kurz nach dem 11. September sagte Zeman in einer Rede, in der er die militärische Beteiligung Tschechiens an der Seite der USA ankündigte: „Wäre Adolf Hitler 1936 nach der

Besetzung des Rheinlandes gestoppt worden, der folgende Konflikt wäre kurz gewesen. Wenn das Münchener Abkommen nicht unterzeichnet worden wäre, hätte es zwar einen ernsthaften europäischen Krieg gegeben, aber die Zahl der Opfer wäre geringer gewesen als die des zweiten Weltkriegs.“ Nicht, dass er sich für Militärschläge einsetzte, sondern dass er sie als historische Konsequenz begriff und damit die Maßnahmen gegen jenes deutsche Kollektiv, das sich fast geschlossen in der NSDAP organisiert hatte und damit die höchste Mitgliederdichte im erweiterten Reich vorweisen konnte, legitimierte, macht ihn für die deutsche Öffentlichkeit zur Unperson.

Dabei stimmt der Vergleich zwischen Sudetendeutschen und Palästinensern – womit ich auch wieder am Ausgangspunkt meines Referats angekommen bin, zu der Frage, was hätte die Linke wissen können im Jahr 1938. Über die Sudetendeutschen eine ganze Menge nämlich: Schon während des Ersten Weltkrieges, als Edward Benes als Mitarbeiter des späteren Staatsgründers Thomas Masaryk Verhandlungen mit den Alliierten führte, die im Sommer 1918 die Anerkennung des im Exil arbeitenden „Nationalrat der Tschechoslowakei“ als kriegführende Partei zum Ergebnis hatten, setzten die Sudetendeutschen – und zwar alle politischen Gruppierungen – auf eine Germanisierung Böhmens und Mährens in der Integration in ein neuzuschaffendes Deutsch-Österreich. Als die Tschechoslowakische Republik am 28. Oktober 1918 ausgerufen wurde, hatte das neue Land noch keine Grenzen, und die Sudetendeutschen beriefen sich auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, als sie die von ihnen bewohnten Gebiete im November 1918 für unabhängig erklärten. Die Folge war die Besetzung durch Milizen der neuen Republik und eine Absage an jede Form der Autonomie durch den Präsidenten Masaryk: „Wir – die Tschechen – haben unseren Staat geschaffen. Dadurch wird die staatsrechtliche Stellung der Deutschen bestimmt, die ursprünglich als Immigranten und Kolonisten ins Land kamen.“ Über eine Autonomie werde nicht verhandelt. Im März 1919 kommt es, nach Aufrufen der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, zu Demonstrationen gegen den neuen Staat. Folgen waren zum einen eine scharfe Verwarnung Österreichs durch die Alliierten, zum anderen war der sudetendeutsche Opfermythos geboren. Die zahlreichen Versuche der Obstruktion gegen den neuen Staat erinnern deutlich an die Strategie der Palästinenser: Eingaben an den Völkerbund wechselten sich ab mit bewaffneten Überfällen und Pogromen; für die Verweigerung der staatsbürgerlichen Integration ging man freiwillig ökonomische und soziale Nachteile ein, mit denen man wiederum erhoffte, Mitleid im Ausland wegen angeblicher „Diskriminierungen“ zu erheischen; ab 1935 herrschen schließlich Zustände, die mit der Intifada vergleichbar sind. Hatten die Sudetendeutschen zunächst zum Schein Autonomie gefordert, brachte das Jahr 1937 die Wende, die Forderung nach Anschluss ans deutsche Reich wurde nun öffentlich wieder hoffähig. Man brauchte schließlich keine Rücksichten mehr zu nehmen, mit Hitler-Deutschland an der Seite war es nur eine Frage der Zeit, bis man den tschechischen Staat zerschlagen haben würde.

Trotzdem setzten Großbritannien und Frankreich auf Appeasement, und Benes wurde, ähnlich wie Sharon heute, in der Presse dieser Länder als der eigentliche Hardliner gehandelt, während der antitschechische und antisemitische Faschist Henlein und seine Sudetendeutsche Partei, Arafat nicht unähnlich, als Führer der Opfergruppe freundlich behandelt wurde; noch 1937 traf Winston Churchill mit Henlein zusammen. Hitler kündigte auf dem NSDAP-Parteitag im September 1938 an, dass er eine „weitere Unterdrückung der Sudetendeutschen nicht dulden“ werde, und forderte unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht, die Sudetendeutschen sollten selbst entscheiden. Die Folge waren bürgerkriegsähnliche Situationen, und in dreizehn sudetendeutschen Bezirken wurde das Standrecht in Kraft gesetzt. Nur drei Tage nach Hitlers Kündigen kündigte für den 1. Oktober 1938 den Einmarsch an, am 29. September wurde das Münchener Abkommen unterzeichnet, nachdem Hitler versprochen hatte, dass er keine weiteren Gebietsansprüche stellen werde. Unmittelbar danach setzte die Vertreibung der tschechischen und jüdischen Bevölkerung ein, zwischen Freudenfesten und Pogromen war, wie immer in Deutschland, kein Unterschied festzustellen. Benes war mit der Mehrheit der Mitglieder seines Kabinetts schon Anfang Oktober 1938 ins Londoner Exil gegangen. Fünf Monate später wurde die Tschechoslowakei endgültig zerschlagen, das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren geschaffen und ein Terror-Regime installiert, um den Widerstand der tschechischen Bevölkerung zu brechen. Nun sollte endlich geschehen, wovon die Sudetendeutschen schon immer geträumt hatten: Die vollständige Germanisierung, die die

Nazi-Okkupanten durch die „Umvolkung der rassisch geeigneten Tschechen“, die „Aussiedlung der rassisch unverdaulichen Tschechen und der reichsfeindlichen Intelligenzschicht bzw. Sonderbehandlung dieser und aller destruktiven Elemente“ und durch die „Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschen Blut“ erreichen wollten. 250 000 tschechoslowakische Staatsbürger wurden für dieses Vorhaben ermordet.

Dass sich bei der im Potsdamer Abkommen vereinbarten Aussiedlung der Sudetendeutschen eine Eigendynamik entwickelte, die einige Deutsche mit ihrem Leben bezahlten, ist noch heute Grund genug selbst für sogenannte Antifaschisten, die Benes-Dekrete zu verurteilen. Beim aktuellen Volksbegehren der FPÖ gegen das tschechische AKW Temelin im vergangenen Jahr, informiert uns beispielsweise ein Flugblatt aus Wien, gehe es Haider und Co. gar nicht um eine „seriöse Antiatompolitik“ – was für eine Überraschung! –, vielmehr habe „das Kind in Wirklichkeit einen ganz anderen Namen“: eben jene zehn die Deutschen betreffenden von knapp 150 Dekreten, die den Namen Benes' tragen und mit denen nach dem Exil der Wiederaufbau des Staates betrieben wurde. Unter dem „Deckmantel“ Temelin bediene die FPÖ „einen böartigen Revanchismus nicht nur der sudetendeutschen Landsmannschaften, sondern einen der Ewiggestrigen, der alten und neuen Rechts-Rechten überhaupt. *Nein, wir billigen das nicht; vor allem die Übergriffe nicht und das menschliche Leid.*“ Mit ganz lieben Grüßen an den Nazi-Opa, unterzeichnet: „Grünalternative Jugend Wien, Infoladen 10, Infoladen Grauzone, Infoladen Wels, Kulturverein Saegefisch, Mayday 2000, Ökologische Linke (Ökoli), Rosa Antifa Wien (RAW)“. Im Stil der *Kronenzeitung* – abgehackte Sätze, hohler Pathos – wird echtes Mitleid gezeigt, schließlich wendet man sich an eine Bevölkerung, die einmal mehr ihr Volk-Sein durch dieses Volksbegehren unter Beweis stellen will. Und dagegen hat man ja nichts, im Gegenteil: Dabei sein ist alles, und den Preis dafür – die Missbilligung der Benes-Dekrete und der kollektiven Ausweisung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei – ist man gern bereit zu zahlen. Selbstverständlich geht das nicht ohne ein paar Wenss und Abers: „Aber 1945 kann man und frau nicht ohne 1938 verstehen,“ heißt es im Flugblatt nach dem Kotau vor der Volksgemeinschaft, doch da ist es schon zu spät. Die Österreicher sollten sich für die Nazi-Verbrechen „entschuldigen“ – nicht etwa zahlen und besser den Mund halten –, im Gegenzug könne es vielleicht soweit kommen, dass „Tschechien österreichische Ängste vor Atomkraft mit anderen Augen sieht.“ Sie wollen das Gleiche, nur anders. Die Sudetenfrage ist bei ihnen ebenfalls untrennbar verbunden mit ihrem kollektiven Befinden, und trotz einer Staatsgrenze fühlen sie sich durchaus berufen, ihren Senf dazu zu geben. Arabische wie deutsche Nazis machen ernst mit dem viel propagierten „Lernen aus der Geschichte“ und mit der Parole „Hoch die internationale Solidarität“. Dr. Nicolas Erfahrungsaustausch und Haiders Agitation verfolgen dasselbe Ziel: die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Und gemeinsam haben sie eine Chance.

Deswegen kann es für Antifaschistinnen und Antifaschisten in dieser Situation und sofern sie das Nie Vergessen wirklich ernst nehmen keine andere Wahl geben, als sich nicht nur nicht am deutschen Friedensunwesen zu beteiligen, sondern es zu bekämpfen.